

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Postamtstraße 25
Anzahlungen der Redaction:
Sonntags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Bei der Redaction ergeblicher Corre-
spondenz macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.
Kann man die für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Preise an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 9 Uhr.
In den Filialen für Prof. Anstalt:
Otto Klemm, Untermarktstr. 22,
Scheidtstraße, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Kaufpreis 16.000.
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2, halbjährlich 8, jährlich 16, durch die Post bezogen 6 Wk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegempfang 10 Pf.
Schließen für Extrablätter
ohne Postbefreiung 30 Pf.
mit Postbefreiung 48 Pf.
Inserate 50 Pf. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut anderen
Preisverzeichnis. — Labels für
Tag nach höchstem Tarif.
Kartons unter dem Redactionstisch
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung proannuatim
oder durch Postnachschuß.

№ 309.

Wittwoch den 5. November 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Der zweite Termin der kaiserlichen Grundsteuer ist am 1. November nach Einsicht vom Kaufend des im Kataster eingetragenen Grundbesitzes fällig und werden die Steuerpflichtigen hierdurch aufgefordert, ihre Steuerbeiträge von diesem Tage ab bis spätestens 14 Tage nach demselben an die Stadt-Steuer-Einnahme alldier — Brühl 51, blauer Harnisch, 2. Stock — zu bezahlen, da nach Ablauf der Frist die gesetzlichen Maßregeln gegen die Säumnigen einzutreten müssen.
Gleichzeitig ist von demselben Tage ab und spätestens binnen 14 Tagen nach demselben die Kirchen- und Schulbesitzer evangelisch-lutherischer Confession nach Höhe von 7 1/2 auf eine Einheit oder je 1000 A des im Kataster stehenden Grundbesitzes mit zu entrichten, wogegen anerkannten Religions- oder Confessionsgemeinschaft sind, nur den dritten Theil des sonst auf ihren Grundbesitz bez. ihren Antheil fallenden Beitrags zu den Parochialanlagen zu bezahlen haben.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georq. Laube.

Versteigerung von Bauplätzen.

Das der Stadtgemeinde Leipzig gehörige, zwischen der Canalstraße, Frankfurter Straße, den angrenzenden Grundbesitzern der Häuser und dem Eiserneisenbahntrasse belegene Areal des sogenannten Eifen-Handels soll in 4 Bauplätze
Nr. 2 von 694 qm. — 1946 □ f.
3 „ 571 „ — 1780 „
4 „ 675 „ — 2106 „
5 „ 996 „ — 3108 „
Flächengebalt

eingetheilt
Donnerstag, den 20. November d. J. von 10 Uhr Vormittag an im großen Saale der Alten Waage, Rathhausstraße Nr. 29, 2. Etage, zum Verkauf versteigert werden.
Der Versteigerungstermin wird pünktlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Versteigerung bezüglich eines jeden der ausgetheilten 4 Bauplätze geschlossen werden, wenn darauf kein weiteres Gebot mehr erfolgt.
Die Versteigerungsbedingungen und der Versteigerungsplan liegen in unserem Bauamt, Tiefbauverwaltung (Rathhaus, 2. Etage) zur Einsichtnahme aus und sind daselbst auch Exemplare des autographirten Versteigerungsplanes und der Versteigerungsbedingungen gegen Erzahlung von 50 Pfennigen zu erhalten.
Leipzig, den 30. October 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georq. Gerntli.

Vermiethungen.

Folgende zwei in den nachbezeichneten, der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstücken zum 31. März 1880 mietfrei werdende, mit Wasserleitung versehene Wohnungen, nämlich
1) eine aus 4 Zimmern, 2 Kammern und sonstigem Zubehör bestehende Wohnung in der 1. Etage des Hofgebäudes im Grundstücke „Seiler's Hof“, Reichstraße Nr. 55 und Grimmitzische Straße Nr. 36, Treppe B links,
und
2) die aus 5 Zimmern und Zubehör bestehende Wohnung im dritten Stockwerk des Neben-hauses der Alten Waage, Rathhausstraße Nr. 29
sollen vom 1. April 1880 an auf drei Jahre an die Meistbietenden anderweit vermietet werden und bezaubern wir hierzu Versteigerungstermin an Rathshaus auf
Donnerstag, den 6. November, Vormittags 11 Uhr
an, in welchem die Bedingungen sich einfinden und ihre Gebote auf die nach einander zur Ausbietung kommenden Wohnungen thun wollen.
Die Versteigerung wird bezüglich einer jeden Wohnung geschlossen werden, sobald darauf nach dreimaligem Ausrufe ein weiteres Gebot nicht mehr erfolgt.
Die Vermietungs- und Versteigerungsbedingungen nebst Inventarium der zu vermietenden Wohnungen liegen schon vor dem Termine auf dem Rathhaussaale, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus.
Leipzig, den 24. October 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georq. Gsch.

Bekanntmachung.

Die zum Neubau der heiligen Brücke erforderlichen Zimmer- und Schmiedearbeiten sollen an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen bei unserer Tiefbau-Verwaltung Rathhaus Nr. 29 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Besigliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
Zimmer- und Schmiedearbeit für den Neubau der heiligen Brücke
versehen ebenfalls und zwar
bis zum 13. November l. J. Nachmittags 5 Uhr
einzureichen.
Leipzig, am 4. November 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georq. Wangemann.

Der sächsische Landtag.

Am heutigen Tage findet die feierliche Eröffnung der Ständeverammlung des Königreichs Sachsen statt, leider nicht unter so glückverheißenden Auspizien, wie dies früher in der Regel der Fall war. Die allgemeine Noth der Zeit macht sich auch bei uns und in unserm Staatshaushalt geltend, und mit schwerem Herzen mühen die Erwählten des Volkes hinständig auf die peinlichen Aufgaben, welche ihrer in der bevorstehenden Sitzung warten.
Die glücklichen Zeiten, wo die Rechnungsabschlüsse der Staaten des deutschen Reiches immer einen Ueberschuss ergaben, sind vorüber, und die Periode der Deficits hat begonnen. Für jeden Steuerzahler ist diese betrübende Thatsache von großem Interesse; denn er muß auch an seinem Theile mit dafür haften, daß die Deficits beseitigt und die Rechnungsabschlüsse wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Man ist zwar bei Beratung des neuen Budgets wiederholt behauptet worden, daß die Einzelstaaten durch die erhöhten indirecten Einnahmen im Reiche entlastet und von den Matri- cularbeiträgen befreit werden sollten, aber selbst bei Realisirung dieser Verheißung wird der einzelne Staatsbürger noch lange Zeit die bisher erhobenen directen Steuern (Grund- und Einkommensteuer u.) in der jetzigen Höhe fortbezahlen und auch infolge der Vertheuerung verschiedener Artikel (wegen der Hölle) noch außerdem höhere Opfer für das Wohl des Staates bringen müssen.
Die Verhandlungen auf dem bayerischen Land- tage haben uns die Gewißheit gebracht, daß Bayern, selbst wenn es die Matricularbeiträge nicht mehr an das Reich zu bezahlen brauchte, noch immer ein Deficit von 5 Millionen Mark decken müßte, was nur durch Erhöhung der directen Steuern und des Salzauflages möglich ist.
In Sachsen liegen die Verhältnisse zwar nicht ganz so traurig; doch auch hier muß der Landtag auf Beseitigung eines Deficits bedacht sein. Der Grund, weshalb der für die zweijährige Finanz- periode 1878—1879 von vorigen Landtage ausge- stellte Haushaltsplan nicht stimmt, sondern mit einem Jahresdeficit von etwa 5 Millionen Mark abschließt, liegt nicht etwa darin, daß die Regierung in die Millionen hinein ausgegeben, also schlecht gewirtschaftet hat, sondern darin, daß die Ein- nahmen, welche unsere Kammern für die laufende Finanzperiode erwarteten, zu hoch eingestellt waren.
Als der Landtag im Jahre 1877 zur Beratung beifammen war, da kosteten die Rohlen und das Holz noch mehr als jetzt, und auch die Eisen- bahnen hatten noch mehr zu thun. Reptere haben aber fortwährend schlechtere Geschäfte ge- macht, und es ist deren Reinertrag von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Die Kammern hatten den Rechnungsertrag bei den Staatsbahnen, den wich- tigen Einnahmequellen Sachsen, mit 26,508,500 Mark fürs Jahr veranschlagt, in Wirklichkeit hat aber die für das Jahr 1878 abgelieferte Summe nur 21,875,000 Mark, also 4,633,500 Mark weniger betragen. Im ersten Vierteljahr von 1879 betrug der Reinertrag sogar noch 605,000 Mark weniger als in dem gleichen Zeitraum des vorhergehenden Jahres, so daß demnach der Ausfall für dieses Jahr noch bedeutender zu werden droht. Da nun seit dem Jahre 1876 bis mit Ende 1878 das

Anlagecapital für Staatsbahnen um 80 Mil- lionen Mark erhöht worden ist, die Einnahmen bei denselben aber trotz des Zuganges von 230 km neuer Linien von 62 auf 58 Mill. Mark zurück- gegangen sind, so läßt sich daraus ziemlich klar erkennen, wie schlecht die Geschäfte gingen.
Die Staatsforsten galten in früheren Finanzperioden als Goldgruben, aber jetzt sind sie nur noch als Silberminen anzusehen; denn während dieselben z. B. in die Finanzperiode 1874—75 einen Reingewinn von 18,243,921 Mark, also über 9 Millionen Mark fürs Jahr, ergeben hatten, konnten aus ihnen im Jahre 1878 nur 6,287,329 Mark an das Finanzministerium abge- liefert werden, so daß der Kassa gegenüber der angenommenen Einnahmesumme sich auf etwa 450,000 Mark fürs Jahr beläuft.
Die Igl. Steinkohlenwerke, welche bei- spielsweise in den Jahren 1874—75 noch mit einem Ueberschuss von 2,559,017 Mark abschlossen (die Neubauten hatten allerdings wieder über die Hälfte davon verschlungen), ergaben für 1878 statt der erwarteten 460,200 nur 235,200 Mark, also ein Minus von 175,000 Mark, und es ist auch hier das fortwährende Sinken der Preise an diesem Kaufsalte schuld.
Nach die directen Steuern haben nicht so viel ergeben, wie man erwartete; denn viele Ge- schäftsleute und Arbeiter haben geringere Ein- nahmen als früher und können daher auch nicht mehr so hohe Abgaben bezahlen, weshalb bei diesem Capital eine jährliche Mindereinnahme von 562,000 Mark zu verzeichnen ist. Im Ganzen sind also etwa 5,762,000 Mark weniger ein- genommen worden, als man geglaubt hatte. Diese Angaben beziehen sich auf die nun bald beendigte Finanzperiode 1878—79; „aber“, so hört man Manche sagen, „für die Periode 1880—81 wird es doch besser werden?“ Auch für diese Zeit kann man keine Besserung, viel eher eine Verschlechterung erwarten, was aus folgenden Angaben zu er- sehen ist.
Bei Feststellung des Etats werden unsere Ab- geordneten darauf bedacht sein müssen, die Ein- nahmen um etwa 4 Millionen Mark niedriger anzunehmen als in der vorhergegangenen Periode, damit nicht wieder solche Mindereinnahmen vor- kommen. Trotz aller Ersparnisse, die dem Reien vielleicht manchen Kleinigkeiten erscheinen, werden sich aber die Ausgaben im Vergleich zu früherer Zeit doch noch um 1 1/2 Mill. Mark erhöhen, so daß ein Deficit von 5 1/2 Mill. in der kommenden Finanzperiode in Aussicht steht. Wie soll dasselbe beseitigt werden? Man will wollen einmal an- nehmen, daß die Matricularbeiträge, welche im Jahre 1878 auf 4,688,645 Mark veranschlagt sind, in Zukunft wegfallen. Da würde also schon eine wesentliche Ersparnis möglich sein; aber es fragt sich, ob diese Ausgabe auch wirklich anhöret. Zur völligen Deckung des Deficits reicht die Summe aber durchaus nicht hin, und es muß auf andere Mittel Bedacht genommen werden. Ueber indirecte Steuern (wie z. B. die in Bayern er- höhte Salzsteuer) kann die sächsische Kammer gar nicht beschließen; die Einkommensteuer mit ihrem Zuschlag von 50 Proc. ist aber so hoch, daß sie nicht gut hinausgeschraubt werden kann, und sonach ist nur ein Ausweg, die Aufnahme einer neuen An- leihe zum Ausgleich der Bilanz im sächsischen Etat,

möglich. Wenn aber eine Anleihe gemacht wird, so muß sie auch vergütet und amortisirt werden, und die Beträge dafür vertheilen sich dann auf viele Finanzperioden. An Schulden haben wir in- folge des Ankaufs der vielen Privatbahnen in Sachsen hinsichtlich zu tragen; denn während am Ende der Finanzperiode 1874—1875 die Staats- schulden 368,167,583 Mark betragen hatten, wer- den sie sich jetzt auf weit über 400 Millionen Mark belaufen, und es wird eine hübsche Zeit vergehen, ehe wir diese Schulden alle bezahlen können.
Erfreulich sind die Aussichten für den Steuer- zahler keineswegs; aber diese schlechten Zeiten werden hoffentlich vorübergehen, und es bleibt uns Nichts weiter übrig, als mit Patriotismus die schweren Pflichten, welche uns das Vaterland auf- erlegt, zu erfüllen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 4. November.
Am 1. November ist der Kaiser von den medienbargischen Postjagen wieder nach Berlin zurückgekehrt. Er hat dieselben in einem für seine Jahre wirklich ganz erspännlichen Wohlsein mit- gemacht und auch bei seiner Rückkehr zeichnete sich sein Befinden durch besondere Frische aus. Er übertrifft hierin bei Weitem seinen am achtzehn Jahre jüngeren Kanzler, der von seinen near- alischen Schmerzen wiederum so viel zu leiden hat, daß er abwesend in eine erregte und eine trübliche Stimmung versinkt. Der Tod Billow's soll ihn sehr ergriffen haben und man erzählt die Aenderung von ihm, wenn es mit seinen Schmerzen zu weiterginge, so werde er bald Billow folgen müssen. Am letzten Donnerstag hat sich der deutsche Botschafter in St. Petersburg, General v. Schminke, zu ihm begeben und bis zum Sonn- abend bei ihm verweilt. Nach seiner Rückkehr wurde er sofort zum Kaiser beschieden. In den allerersten Tagen ist seine Rückreise nach der russischen Hauptstadt zu erwarten. Die beiden an- deren Botschafter, Graf Münster und Fürst Hohen- lohe, haben sich wieder auf ihre Posten nach Lon- don und Paris zurückbegeben und ihre Geschäfte bereits wieder übernommen.
Seitens der liberalen Abgeordneten des preussis- schen Landtags wird den Steuerreformplänen des Finanzministers Bitter nur wenig Vertrauen entgegengetragen, wenn er auch mit besonderer Betonung anläubigt, daß die directen Steuern den Kern der preussischen Staatseinnahmen bilden sollen. Alles Uebrige, was er zur Steuerreform sagte, paßt ebenso gut in das von der Regierung bisher festgehaltene System der gegenseitigen Ver- theilung aller Interessentenkreise. Jeder hofft, daß der Andere für ihn die Steuern zahlen wird, und weil die Liberalen bei den letzten Wahlen diesem crassen Ausruf an die materiellen Begehrlichkeiten der verschiedenen Bevölkerungsklassen nicht Folge leisten wollten, war es sehr natürlich, daß die be- wahrtesten Vertreter gehen die conservativen Ruler einer rosenfarbenen Zukunft unterlagen, die übrigen hielten sich nur gegen die Strömung des persönlichen Eigennutzes, weil die liberalen Wähler den conservativen Vorposten gegen die Steuererhöhungen und Nachlässe nicht Glauben schenken wollten. Diesen Unglauben wird auch die finanzielle Zukunftsvision des Herrn Bitter nicht

bannen, die er soeben in einem Gesammtartikel, be- treffend die Verwendung der aus dem Ertrage von Reichsteuern an Preußen zu überweisenden Geld- summen, dem Hause vorlegte. Aber heute noch wie zur Zeit der Wahlen wird in den Provinzen das Spiel fortgesetzt. Der Großgrundbesitz rast sein „Gott sei Dank“ dem Finanzminister zu, weil er versprochen, die Dorfensachen und Bauhallter mit einer Börsen- und Danstauer heranzuführen. Die gewerbetreibenden Philister reiben sich ver- gnügt die Hände, daß die Steuer auf Banber- loper den kleinen Händlern über den Kopf ge- worfen wird, damit die sechsten christlichen Kauf- leute bei ihren Baarenpreisen bleiben können. Die adeligen und nichtadeligen Brauntweinbrenner begrüßen die Schaafsteuer mit einem „Quarr“, weil sie dadurch der von den Liberalen stets ge- forderten Fabriksteuer entgehen, und die Ge- meinden sind hoch erfreut, daß ihnen aus Kosten der Steuerfähigkeit eines einzelnen Gewerbetreibenden eine neue Einnahmequelle erschlossen wird. Aber die Freude wird nur kurz sein; denn nicht werden diese guten Leute in einer anderen sinnreichen Weise zu neuen Steuern herangezogen, und so geht es mit Grazie weiter, und die Regierung zu befähigen, auf die höchste Spitze der Steuerleiter zu gelangen. So urtheilen auch sonst sehr gemäßigete Abgeordnete über die Steuerpolitik der Regierung und über die Reform, die Herr Bitter in seiner Darlegung und in dem Ge- richtswort betreffend die Verwendung der Reichs- steuern entwickelt. In 7 wohlgeleiteten Paragraphen wiederholt dieser die Phantasien des Wilschmiedens, daß, nach der Stadt wackernd, schon im Voraus den Erlös der Waare zu unendlichen Zahlen gipfelt, plötzlich aber stolpert und jene Phantasien zerrinnen sieht. Herr Bitter ist jetzt schon mit den 23,900,000 Mark preussischen Antheils an den Reichsteuern im Stolpern begriffen, denn er kann sie wegen des Deficits nicht zu Steuererlassen ver- wenden. Wie soll er nach Dekret der Matricular- umlagen und etwaiger Ueberweisung eines Theils der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden noch zur Entlastung der Klassensteuerspflichtigen und dann sogar der fünf ersten Stufen der classi- ficirten Einkommensteuer gelangen?
Die famosste Rede des Herrn von Puttkamer in Essen hat in allen Regierungskreisen und auch beim Reichskanzler das allgemeinste Aufsehen er- regt; man hat nicht nur eine Tactlosigkeit in der- selben gefunden, sondern auch eine Ueberspannung der Befugnisse des Ministers, weil beschlossen worden war, über die Vorgänge, welche sich an die Wiener Abmachungen schlossen, das strengste Ge- heimniß zu bewahren, und weil andererseits auch der Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachtet wurde, darüber beglaubigte und officielle Offen- barungen zu machen. Man wollte sich die Hand frei behalten und die bisher durchgeführten, auch officiellen Nachrichten ablenken, wenn es im Interesse des Staates läge. Herr Bismarck hat deshalb sofort nach Bekanntwerden der Essener Rede an Graf Stolberg telegraphirt; in Folge davon trat sofort ein Ministerrath zusammen, um zu berathen, was zu thun sei. Als Ergebnis der Berathung sind denn, mit Wissen und Zu- stimmung Puttkamer's, die Dementirungen in der „Post“, der „Nordd. Allg. Ztg.“ u. a. erschienen; von Puttkamer selbst war zu der Uebersetzung